

DER HINTERGRUND

Auf der Suche nach der Formel für Deutschland

Altbundespräsident Roman Herzog und andere ehemalige Politiker erklären, wie unser Land reformiert werden könnte

VON UNSEREM REDAKTEUR
WINFRIED FOJAZ, BERLIN

➔ Vom Arbeitsmarkt über die Bildung bis zur Zuwanderung – Deutschland braucht Reformen. Manche Reform ist unpopulär, deshalb scheuen Politiker, sie umzusetzen. Aber oft scheitern Reformen auch an der simplen Tatsache, dass mehrere Ebenen ihr zustimmen müssen. Gegen das Wirrwarr der Zuständigkeiten kämpft der frühere Bundespräsident Roman Herzog an.

Über Monate werkete eine Arbeitsgruppe der großen Koalition an einem bundesweiten Rauchverbot – bis sich die Erkenntnis durchsetzte, dass die Zuständigkeit für das Gaststättenrecht bei den Ländern liegt. Die Föderalismusreform I hatte dies im vorigen Jahr so geregelt, nur war das noch nicht allen bewusst. Das Zuständigkeitsgerangel zwischen Bund

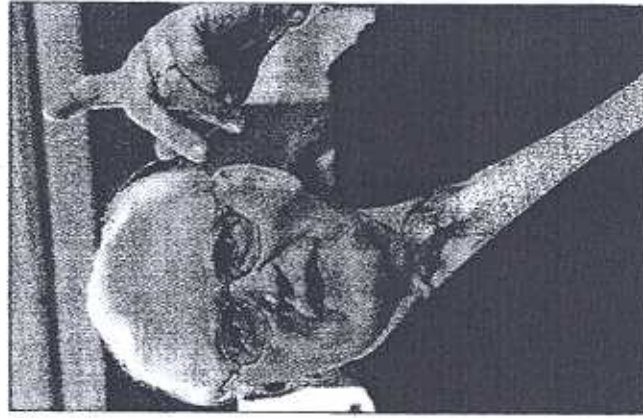
und Ländern ist nicht zuletzt auch in der Bildungspolitik sichtbar.

Erheblich ineinander verflochten sind die Beziehungen der beiden Ebenen, wenn es ums Geld geht: Mit dem Länderfinanzausgleich und den Bundesergänzungszuweisungen werden finanzschwache Länder aufgepäppelt. Das ist ein Verfahren quer durch die Institutionen, das nur noch Experten verstehen. Und ob es gerecht ist, daran haben manche Zweifel – naturgemäß vor allem jene, die Geld abgeben müssen. Um die Finanzbeziehungen zwischen den Ländern und dem Bund zu regeln, würde die Föderalismusreform II angekurbelt. Eine Kommission aus Bundes-, Landes- und Kommunalpolitikern berät seit Dezember darüber, wie man den Ländern und Kommunen mehr Eigenverantwortung übertragen könnte, damit sie im Idealfall von dem Leben können, was sie selbst erwirtschaften.

Die Damen und Herren der Kom-

mission werden von einer Riege ehemaliger Politiker und Wirtschaftsleute beraten, die sich im „Konvent für Deutschland“ zusammengefunden haben. Ihr Vorsitzender ist Altbundespräsident Roman Herzog.

Gestern hat der 73-jährige in Berlin ein Thesenpapier präsentiert, das die Formel für Deutschland sein könnte – vorausgesetzt, es würde so umgesetzt. Unter anderem plädiert der Konvent dafür, Verschuldungsverbote in die Verfassungen aufzunehmen. Schulen dürften nur noch gemacht werden, wenn es extreme Konjunkturschwankungen oder Naturkatastrophen gebe. Das Geld dürfe nur in einem vorgegebenen Kreditrahmen beschafft werden und müsse innerhalb weniger Jahre wieder zurückgezahlt werden. Das Ziel sei, dass die Länder und der Bund in guten Jahren Geld zurücklegten und es in schlechten ausgaben. Außerdem sollen die Länder für die ihnen vollständig zustehenden



Für Verschuldungsverbot per Verfassung: Roman Herzog. — FOTO: DDP

Steuern auch die Gesetzgebungskompetenz erhalten. Bei der Einkommens- und Körperschaftsteuer sollen ihnen Zu- und Abschläge auf den bundeseinheitlichen Steuersatz ermöglicht werden, auch wenn die ärmeren Länder die Konkurrenz der reicheren fürchteten. Fast revolutionär klingt die Forderung des Konvents, den Finanzausgleich unter den Ländern abzuschaffen und durch Bundesergänzungszuweisungen zu ersetzen. Am Ende müsste es so sein, dass „die Kosten der Aufrechterhaltung eines eigenen Bundeslandes auch von dessen Bürgern selbst getragen werden“, so Herzog. Wenn die Bürger eine Länderfusion mehrheitlich wollten, sollte sie auch vollzogen werden. „Wenn aber kein anderes Land da ist, dass dieses Land aufnehmen will, wird es natürlich problematisch“, räumte Herzog schmunzelnd mögliche Hürden bei der Deutschland-Reform ein.